

Antrag 83/II/2022**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Vorschläge der EU-Bürger*innen nicht in der Schublade verstauben lassen - Ergebnisse der Zukunftskonferenz jetzt umsetzen!**

1 Am 10. März 2021 unterschrieben die Europäische Kom-
2 mission, das Europäische Parlament und der Rat gemein-
3 sam die Erklärung zur Konferenz zur Zukunft Europas, um
4 einen neuen Prozess zur Auseinandersetzung mit der Zu-
5 kunft der Europäischen Union und ihrer Institutionen in
6 die Wege zu leiten. Die ursprünglich im Frühling 2019 vom
7 französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorgeschla-
8 gene Idee zur Konferenz wurde im Sommer 2019 offizi-
9 ell von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen
10 als Teil ihrer politischen Schwerpunkte dem Europäischen
11 Parlament vorgestellt und startete – durch die Corona-
12 Pandemie um ein Jahr verspätet – am 9. Mai 2021.

13
14 Die Jahre vor und während der Konferenz waren von un-
15 terschiedlichen Krisen geprägt. Sowohl die Finanz-, Euro-
16 und Schuldenkrisen ab 2007, die gescheiterte gemein-
17 same EU-Asylpolitik im Sommer 2015, das Referendum
18 Großbritanniens zum Austritt aus der EU im Jahr 2016, seit
19 Anfang 2020 die COVID-19-Pandemie, Russlands Angriff
20 auf die Ukraine im Februar 2022 sowie die immer extre-
21 mer werdenden Auswirkungen der Klimakrise haben die
22 Frage aufgeworfen, ob die EU dazu in der Lage ist, diesen
23 enormen Herausforderungen gerecht zu werden. Durch
24 die Konferenz sollte ein Raum für Diskussionen geschaf-
25 fen werden, um Vorschläge aus der Bevölkerung der EU-
26 Mitgliedsstaaten zu erhalten und den Bürger*innen eine
27 Stimme zu geben.

28
29 Die Ziele der Konferenz waren sehr breit gesteckt: die Teil-
30 nehmenden diskutierten über mehrere Monate in ver-
31 schiedenen Formaten und Konstellationen zu den The-
32 men Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Beschäftigung, De-
33 mokratie in Europa, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit, Klima-
34 wandel, Umwelt, Gesundheit, Europa in der Welt sowie
35 Migration. Mit dem Abschlussbericht, der am 9. Mai 2022
36 vorgestellt wurde, sollten die Ergebnisse des gesamten
37 Prozesses zusammengefasst und sichergestellt werden,
38 sodass die entwickelten Ideen der Konferenz der Kommis-
39 sion, dem Rat und dem Europäischen Parlament zur wei-
40 teren politischen Beratung, Diskussion und Beschlussfin-
41 dung vorgelegt werden können. Die Konferenz war eine
42 bisher einmalige Möglichkeit, in der Geschichte der EU
43 sich als Bürger*in an der Gestaltung der EU zu beteiligen.
44 Über 50.000 Teilnehmer*innen haben ihre Ideen auf Ver-
45 anstaltungen oder auf der digitalen Plattform geteilt und
46 mehr als 800 zufällig ausgewählte Europäer*innen haben
47 daraus 49 Vorschläge und mehr als 320 Maßnahmen zu

48 neun Themen erarbeitet.

49

50 Die Umsetzbarkeit und politische Erwünschtheit der Vor-
51 schläge sowie die Frage, ob für die jeweiligen Vorschläge
52 eine Änderung der EU-Verträge erforderlich ist oder nicht,
53 stellen nun nach Veröffentlichung des Abschlussberichts
54 die wesentlichen politischen Streitpunkte dar. Bis auf 13
55 Vorschläge ist es möglich alle anderen Ideen, Wünsche,
56 Anregungen und Vorschläge der Zukunftskonferenz in-
57 nerhalb der geltenden EU-Gesetzgebung und des gelten-
58 den EU-Vertrags von Lissabon umzusetzen. Dazu zählen
59 vor allem Vorschläge zu höherer Transparenz und effek-
60 tiverer Öffentlichkeitsarbeit der EU-Institutionen, mehr
61 sichtbare Bürger*innenbeteiligung, effektivere Marktregulierung und Verbraucher*innenschutz, stärkere und gezieltere Förderung und Ausbau von erneuerbaren Energien, die Schärfung von Klimaschutzgesetzen, die Entwicklung einer gemeinsamen Energieunion und gesamteuropäischer Energienetze, stärkere Finanzmarktregulierung, eine humanitäre und gesamteuropäisch koordinierte Migrationspolitik sowie schärfere Arbeitsschutzgesetze und eine Entwicklung zur Sozialunion. Einige der Vorschläge (vor allem Marktregulierungen und die Öffentlichkeitsarbeit der EU) sind sofort per Anpassung existierender Verordnungen und Regulierungen realisierbar, andere (wie beispielsweise eine gemeinsame humanitäre Migrationspolitik) sind zwar theoretisch ohne Vertragsänderung umsetzbar, unter dem Damoklesschwert der Einstimmigkeit im Rat jedoch wegen konservativen und rechtspopulistischen Vetos politisch kaum umsetzbar.

78

79 Die Vorschläge der Zukunftskonferenz, die eine Vertrags-
80 änderung voraussetzen, sind im Wesentlichen die Abschaffung der Einstimmigkeit in allen, bzw. umfassenden Politikbereichen und dessen Ersetzung durch Entscheidungen mittels qualifizierter Mehrheit, eine gemeinsame europäische Steuer- und Finanzpolitik, die Einführung europaweiter Referenden, eine weitere Föderalisierung der EU inklusive der Bestärkung des Europäischen Parlaments als vollwertige gesetzgebende Kammer mit Initiativrecht sowie die Umbenennung von EU-Institutionen zur besseren Verständlichkeit. Am 9. Juni hat das Europäische Parlament – mit einer klaren Mehrheit von 355 Stimmen – eine Entschließung angenommen, in der der Europäische Rat aufgefordert wird, das Verfahren zur Überarbeitung der EU-Verträge einzuleiten. Unter den Mitgliedstaaten gibt es derzeit zwei Blocks: einen Block für einen Verfassungskonvent und einen Block gegen jegliche Form von Vertragsänderungen.

97

98 Dieser Antrag hat nicht zum Ziel eine umfassende For-
99 derungsliste aufzustellen, welche EU-Reformschritte wir
100 unterstützen und welche nicht. Es gibt bereits eine um-

101 fassende Vielzahl an Beschlüssen aus der jüngeren Ver-
102 gangenheit, die genau formulieren, wie wir uns die Eu-
103 ropäische Union vorstellen, welche kurzfristigen Reform-
104 schritte wir fordern, welche grundsätzlichen Vertragsän-
105 derungen wir für unsere Vision der Vereinigten Staaten
106 von Europa für notwendig halten und wie eine solche Uni-
107 on fußend auf den Grundprinzipien des demokratischen
108 Sozialismus in Abgrenzung zum europäischen neoliberalen
109 Wirtschaftsprojekt des 20. Jahrhunderts und der frü-
110 hen 2000er Jahre auszusehen hat. Dieser Antrag hat zum
111 Ziel, all diese Forderungen zu bekräftigen und angesichts
112 der aktuellen Diskussion rund um die Zukunftskonferenz
113 und wie mit ihren Ergebnissen umzugehen ist, einen Im-
114 puls zu senden: die Zeit für eine grundlegende Neuord-
115 nung der EU – inklusive Verfassungskonvent – ist jetzt!

116

117 Denn neben den vielen Krisen der letzten Jahre unter-
118 streicht eine andere aktuelle Entwicklung gerade noch zu-
119 sätzlich, warum eine solche Neuordnung notwendig ist:
120 die wiederbelebte Debatte um die Erweiterung der EU.
121 Im Zuge des russischen Krieges haben die Ukraine, die
122 Republik Moldau und Georgien EU-Mitgliedsanträge ge-
123 stellt. Die Länder des Westbalkans (Albanien, Nordmaze-
124 donien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und Ser-
125 bien) sehen ihre Beitrittsambitionen infolgedessen eben-
126 falls mit neuem Leben gefüllt. Wie schwierig es ist, unter
127 der Maßgabe der Einstimmigkeit in einer zunehmend po-
128 litisch polarisierten EU, in der vor allem Ungarn und Po-
129 len von ihrem Vetorecht bei allen nur annähernd progres-
130 siv erscheinenden Politikvorschlägen großzügig Gebrauch
131 machen, effektiv Politik zu machen, erleben wir derzeit be-
132 reits stark. Möchte die EU mittelfristig ihre Anzahl an Mit-
133 gliedsstaaten auf deutlich mehr als 30 erweitern, wird ei-
134 ne zumindest Teil-Abschaffung der Einstimmigkeit und ei-
135 ne deutliche Vertiefung und Weiterentwicklung gemein-
136 samer Politikbereiche unausweichlich. Will eine erweiter-
137 te EU überleben, muss sie sich weiterentwickeln.

138

139 Nur mit einem Verfassungskonvent können die Ergebnis-
140 se der Zukunftskonferenz ernst genommen und die tat-
141 sächlich notwendigen Reformen für das Fortbestehen der
142 EU erzielt werden. Insbesondere die Abschaffung der Ein-
143 stimmigkeit im Rat und die Aufwertung des Europäischen
144 Parlaments zu einer tatsächlichen Gesetzgebungskam-
145 mer sind dafür unabdingbar. Der Umgang mit den Ergeb-
146 nissen der Zukunftskonferenz ist auch für die Demokra-
147 tie in Europa und der Akzeptanz der EU bei den europäi-
148 schen Bürger*innen von hoher Bedeutung. Die Zukunfts-
149 konferenz ist mit dem Ziel gestartet, die Bürger*innenbe-
150 teiligung in der EU zu stärken. Angesichts der weit verbrei-
151 teten Ansicht, dass die EU keine ausreichende demokrati-
152 sche Legitimation besitzt und daher unter einem Demo-
153 kratiedefizit leidet, wäre es ein fatales Signal, wenn die Er-

154 gebnisse der Zukunftskonferenz und damit die Forderun-
155 gen der europäischen Bürger*innen zu keinen konkreten
156 Änderungen führen und stattdessen keine Beachtung fin-
157 den. Zudem hat sich die Bundesregierung bereits in ihrem
158 Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass die Konferenz zur
159 Zukunft Europas in einen verfassungsgebenden Konvent
160 münden sollte.

161

162 Deswegen fordern wir:

163

- 164 • Die Bundesregierung soll die Einberufung eines eu-
165 ropäischen Verfassungskonvent unterstützen und
166 sich im Europäischen Rat aktiv dafür einsetzen. Das
167 Fenster, das sich gerade für tatsächlichen politi-
168 schen Fortschritt in Europa geöffnet hat, darf nicht
169 ungenutzt bleiben!
- 170 • Im Rahmen eines Verfassungskonvents soll die Bun-
171 desregierung die für die Umsetzung der Forderun-
172 gen der Zukunftskonferenz erforderlichen Vertrags-
173 änderungen unterstützen. Dazu zählen insbeson-
174 dere die Abschaffung der Einstimmigkeit sowie die
175 Aufwertung des Europäischen Parlament zu einer
176 tatsächlichen Gesetzgebungskammer mit Initiativ-
177 recht.
- 178 • Alle weiteren Vorschläge der Zukunftskonferenz,
179 die keiner Vertragsänderung bedürfen und sich mit
180 den Forderungen einer vertieften Europäischen Uni-
181 on im Sinne der demokratisch-sozialistischen Vi-
182 sion der Vereinigten Staaten von Europa decken,
183 sollen schnellstmöglich umgesetzt werden. Dazu
184 zählen insbesondere die Vorschläge zu einem ef-
185 fektiven gesamteuropäischen Arbeitsschutz, dem
186 Ausbau von Rechten europäischer Betriebsräte und
187 europäischer Gewerkschaften, einer gemeinsamen
188 Sozial- und Fiskalunion, einer gemeinsamen Ener-
189 gieunion sowie effektive Regulierungen des Finanz-
190 marktes und der Beschränkung der Marktmacht von
191 Großkonzernen.
- 192 • Damit die Konferenz zur Zukunft Europas keine ein-
193 malige Beteiligungsmöglichkeit bleibt, muss sich
194 die Bundesregierung für eine regelmäßige Austrag-
195 ung der Konferenz einsetzen.